



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 04.02.2025 – Auszug aus Drucksache 19/4881 –

Frage Nummer 12

mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter
**Christoph
Maier**
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, warum wurde der Täter vor der Bluttat am 22.01.2025 in Aschaffenburg nicht zur Verbüßung der Ersatzhaft (Geldstrafe wegen Körperverletzung) verhaftet, nicht wegen Fremdgefährdung in eine psychiatrische Einrichtung untergebracht und nicht bereits abgeschoben (bitte jeweils Voraussetzungen und Hinderungsgründe darstellen)?

Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

Eine Verhaftung zum Zwecke der Vollstreckung einer Ersatzfreiheitsstrafe setzt einen Vollstreckungshaftbefehl voraus. Dieser soll aber bei einer sogenannten Gesamtstrafenlage – wie hier – in der Regel erst erlassen werden, wenn zuvor die nachträgliche Gesamtstrafe gebildet worden ist (vgl. § 49 Abs. 3 Satz 2 Strafvollstreckungsordnung). Denn erst nach Bildung der nachträglichen Gesamtstrafe steht fest, wie hoch die zu vollstreckende Strafe tatsächlich ist.

Eine Ersatzfreiheitsstrafe kann im Übrigen durch Zahlung der Geldstrafe auch jederzeit abgewendet werden.

Bezüglich der Unterbringung in einer psychiatrischen Einrichtung wegen Fremdgefährdung ist von polizeilicher Seite das Folgende festzustellen: Der Täter wurde dreimal (zuletzt im August 2024) behördlich untergebracht, aber jeweils nach wenigen Tagen bzw. am Tag der Unterbringung wieder entlassen. Da er entweder freiwillig in der Psychiatrie verblieben ist bzw. er nach psychiatrischem Ausschluss der Eigen- und Fremdgefährdung entlassen wurde, war keine gerichtliche Entscheidung erforderlich.

Im Hinblick auf den Vollzug aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird auf meinen ausführlichen Bericht in der Sitzung des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport am 29.01.2025 verwiesen.